



Nicht mehr zu leugnen:

Bezahlbare Wohnungen fehlen

In Minden werden dringend mehr bezahlbare Wohnungen gebraucht. Das sagt nun auch eine Studie, die die Stadt in Auftrag gegeben hatte. Schon 2015 hatte eine Studie des Pestel-Instituts eine ähnliche Aussage getroffen. Die war insbesondere vom Sprecher der Wohnhaus GmbH vehement zurückgewiesen worden (wir berichteten im Mai 2016). Nun also die erneute Bestätigung.

Preiswerter Wohnraum wird immer knapper. Dafür sorgt zum einen die auslaufende Sozialbindung früherer Sozialwohnungen. Ersatz dafür wurde nicht geschaffen. Schon vor Jahren wurde der soziale Wohnungsbau eingestellt, weil er nicht genug Profite bringt.

Schnelles Geld wird im Luxussegment verdient - auch in Minden. Hochpreisiger Neubau kann in Form von Stadtvillen bewundert werden. Die sind für den Durchschnittsverdiener unerschwinglich.

Zum anderen sorgen Modernisierung und

energetische Sanierung für höhere Mieten. Sie sind ein prächtiges Geschäft für die Dämmstoffindustrie und dienen als Alibi für kräftige Mietsteigerungen.



Die versprochenen Einsparungen bei den Energiekosten werden nicht überprüft, sondern nur behauptet. In der versprochenen Höhe treten sie in der Regel gar nicht ein. Vielen Mietern bleibt nur der Auszug.

Die Mieten, die bei Hartz-IV-Empfängern übernommen werden, sind in Minden kaum zu finden. Hartz-IV-Empfänger und Menschen mit Grundsicherung werden abgeschoben in Wohnungen, die in Außenbezirken oder an lauten stark befahrenen Straßen liegen und die einen hohen Sanierungsbedarf haben. Sie sind ungesund und verursachen hohe Nebenkosten.

Mehr als jeder vierte Einwohner Mindens ist Niedrigverdiener, ist auf Hartz-IV, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen. Es dürften sogar noch mehr sein, denn viele ältere Menschen verzichten aus Scham auf die ihnen zustehende Grundsicherung. In Minden sind zudem Niedriglöhne und unfreiwillige Teilzeitarbeit weit verbreitet. Jedes vierte Kind in Minden ist arm. Das entspricht etwa der Lage in den Ruhrgebietsstädten.

Fortsetzung auf Seite 2



Mehr Menschen als im vergangenen Jahr beteiligte sich am Ostermarsch in Bielefeld. Die anstehende Aufrüstungswelle und der Rüstungsexport wurden abgelehnt, das Verbot aller Atomwaffen gefordert.

Besorgnis herrschte angesichts des US-Militärschlages gegen Syrien. Er beinhaltet die dramatische Gefahr der Eskalation des Krieges zu einem Flächenbrand und einer militärischen Konfrontation mit Russland. US-Flugzeugträger sind unterwegs in Richtung koreanische Halbinsel. Es ist Zeit, den Kriegstreibern in der Arm zu fallen!

Immer neue Rekorde

Nun sind es bereits 37 Milliarden, die in diesem Jahr für Rüstung ausgegeben werden. Bei den Haushaltsberatungen Ende 2016 wurden mal eben 1,5 Milliarden für fünf neue Korvetten draufgelegt. Dafür wurde bei Arbeit und Soziales eine Milliarde gekürzt. Man kann den Euro eben nur einmal ausgeben.

Es soll aber erst so richtig losgehen. Immer häufiger wird die angebliche „Verpflichtung“ bemüht, den Kriegsetat auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Die NATO habe es so beschlossen. Das wären gegenwärtig schon schlappe 62 Milliarden. Aber bei weiterem Wirtschaftswachstum können das auch locker 75 Milliarden werden.

Die Welt wird dadurch keinesfalls sicherer. Würde das Geld für die Bekämpfung der sozialen Fluchtursachen und für die Lösung der sozialen und Umweltprobleme in unserem Land ausgegeben – wir hätten ein sorgenfreieres Leben. Und den sozialen Verwüstungen als Nährboden des Terrorismus würde der Boden entzogen. Abrüstung und Austritt aus der NATO sind Kernpunkte einer notwendigen anderen Politik

Eine Menge Studierende brauchen ebenfalls billige Wohnungen.

Städtische Wohnungsgesellschaft!

Der Kauf von Grundstücken durch die Stadt und ihr Weiterverkauf an private Investoren ist ein Irrweg. Ihr Besitz und die Nutzung für eigenen kommunalen Wohnungsbau ist das einzig Sinnvolle. Ein wirklicher Ausweg wäre eine städtische Wohnungsgesellschaft. Es gab sie schon einmal, bevor die einstmalige städtische Wohnhaus 2005 verschleibt wurde. Seitdem hat die Stadt Minden keinen Einfluss mehr auf die Wohnungspolitik.

Die Ziele einer städtischen Wohnungsgesellschaft müssen auf die Bereitstellung von preiswertem und zugleich gutem

Wohnraum ausgerichtet sein und auch künftig niedrige Mieten garantieren. In der Wohnungsgesellschaft müsste die Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter verankert sein.

Der Vorschlag, wie er in der SPD Minden diskutiert wird, nun wieder Anteile an der GSW zu kaufen, ist gut gemeint, aber

kein wirklicher Ausweg aus der Misere.

Nach jahrzehntelanger Begünstigung der Wohnungswirtschaft durch die Stadt Minden brauchen wir eine aktive Wohnungspolitik, die die Mieter begünstigt. Dafür ist mehr Geld für die Städte ist zwingend notwendig.



Keine Rendite mit der Miete!

Die DKP fordert für NRW:

- **Verbot des Verkaufs öffentlicher Grundstücke**
- **Sofortiger Neubau von 200.000 Sozialwohnungen**
- **Die Hälfte aller neugebauten Wohnungen müssen Sozialwohnungen sein**
- **Aufbau einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.**

Für ein gutes Leben - auch im Alter!

Erinnert sich noch jemand? Es gab eine Zeit, da sollte die Rente den Lebensstandard sichern. Das wurde 1957 als gesetzliches paritätisches Umlagemodell beschlossen. Dieses Modell funktioniert heute in Österreich immer noch; dort ist die Rente erheblich höher als bei uns.

Abrissbirne

Hinsichtlich des Verhältnisses von Rentenniveau zu den Löhnen liegt Deutschland heute an drittletzter Stelle in Europa. Die Zahl derjenigen, die Grundsicherung zu ihrer Rente erhalten, hat sich von 2003 bis 2015 verdoppelt. Es werden immer mehr. Denn das Rentenniveau soll bis auf 43 Prozent sinken. Davon müssen dann aber auch noch Steuern und Sozialabgaben bezahlt werden.

Als bald nach dem Ende der DDR wurde 1992 unter Kohl die erste einschneidende Rentenreform beschlossen und die Renten nun an die Nettolöhne und nicht mehr an die Bruttolöhne gekoppelt.

So richtig bitter wurde es unter der Schröder-Fischer-Riester-Regierung mit den als „Reform“ getarnten Veränderungen ab 2001. Als vordringliches Ziel wurde nun verkündet: Die Beiträge müssen stabil bleiben. Dafür wurden neue Kürzungsfaktoren für die Berechnung der künftigen Renten erfunden. Damit sollte die Senkung des Rentenniveaus erreicht werden. Die Regelaltersgrenze wurde schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das ist für

viele eine weitere Rentenkürzung. Als Ausgleich wurde die „Riester-Rente“ als kapitalgedeckte private Zusatzversorgung eingeführt. Die müssen die Beschäftigten ganz alleine bezahlen – sofern sie das Geld dafür überhaupt übrig haben.

Der Arbeitgeberverband hatte den Rentenabbau schon länger gefordert und war nun am Ziel. Der Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung würde nun nicht mehr steigen. Das macht die Löhne künftig billiger. Die Versicherungswirtschaft hatte die angebliche Nichtfinanzierbarkeit künftiger Renten an die Wand gemalt und ein langjähriges Trommelfeuer in den Medien entfacht. Nun war das Tor zur Privatisierung geöffnet und ein lukratives Geschäftsfeld für die Versicherer geschaffen. Der ehemalige Kollege Riester erhielt zur Belohnung einen schönen Posten. Inzwischen leugnet wohl niemand mehr, dass die „Riester-Rente“ ein Flop für die Beschäftigten ist.

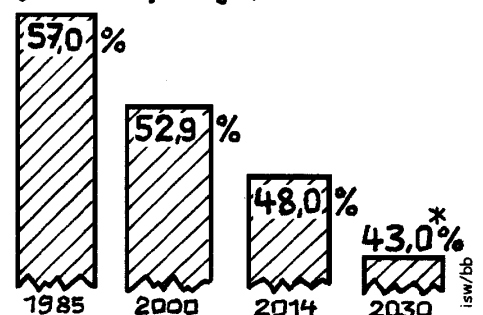
Das sicherste Rentensystem

Es gibt nur ein sicheres Rentensystem: die gesetzliche solidarische, umlagefinanzierte Rente. In den etwa 120 Jahren ihres Bestehens wurde sie nur einmal nicht ausbezahlt, im Mai 1945!

Die paritätische Finanzierung muss wieder hergestellt, der Mindestlohn erhöht und alle Beschäftigten einbezogen wer-

Rentenniveau

Höhe der Rente, die ein Durchschnittsverdiener nach 45 Arbeitsjahren erhält gemessen am jeweiligen Einkommen in %



Quelle: Rentenversicherungsbericht

*Prognose isw/bb

den. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss mehr kurze, gut bezahlte Vollzeit für alle schaffen. Damit können prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Erwerbslosigkeit bekämpft werden.

Die Kürzungen durch die „Agenda 2010“ gehören abgeschafft, das Rentenniveau wieder erhöht und eine Mindestrente eingeführt. Damit ein gutes Leben vor der Rente und mit der Rente möglich wird.

Die Parole im Wahljahr lautet: „Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!“ Doch das wird nicht reichen. Ohne Druck aus Betrieben und Verwaltungen, ohne eine gesellschaftliche Bewegung wird sich nichts verändern lassen.



Kavlico / Sensata Verkauft – ohne Gewerkschaft und Betriebsrat

Noch 2009 hieß es in der heimischen Presse: „Kavlico sichert Standort Minden“. Wenige Jahre später wurde der Betrieb mit seiner Sensortechnik und seinen Beschäftigten verschербelt. Sensata Technologies schließt nun das noch neue Technologiezentrum in Minden und setzt die letzten 150 Beschäftigten auf die

Straße.

Einen Betriebsrat hatten die Kolleginnen und Kollegen dort nach Bekanntwerden der Schließungspläne noch schnell gegründet, um wenigstens noch Abfindungen herauszuhandeln. Gut, dass die IG Metall die Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützt hat.

„Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, in allen Betrieben Betriebsräte zu haben. Dann wären die Kolleginnen und Kollegen viel eher informiert worden und hätten frühzeitig Gegenmaßnahmen starten können“, so Uwe B., Betriebsrat in einem Telekommunikationsunternehmen.



Sind Betriebsschließungen verhinderbar?

Kavlico wurde von der in den USA ansässigen Sensata Technologies aufgekauft, um einen Konkurrenten zu schlucken und sein Wissen und seine Kunden zu übernehmen. Sie nennen es „den Markt bereinigen“. Das geschieht überall, das machen in Deutschland ansässige Firmen ebenfalls. Hier und anderswo.

Bei sinkender oder stagnierender Kaufkraft und unzureichenden öffentlichen Investitionen läuft seit Jahren ein erbarungsloser Verdrängungswettbewerb. Auf dem Rücken der Beschäftigten.

Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisation können bei frühzeitiger Information Einfluss nehmen, Gegenkonzepte erarbeiten und Widerstand entwickeln. Manchmal können sie nur noch Sozialpläne durchsetzen und

damit die Folgen mildern. Das ist bei Kavlico immerhin gelungen.

Lassen sich derartige Schließungen ganzer Betriebe politisch verhindern? Denkbar wäre ein gesetzliches Verbot oder das Gebot, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Es sei erinnert an unser Grundgesetz von 1949, wonach der Gebrauch des Eigentums der Allgemeinheit zu dienen hat und enteignet werden kann. Aber mit der Wiederherstellung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse blieben diese Artikel auf dem Papier stehen und die Rechtsprechung sicherte die Verfügungsgewalt der Eigentümer ab.

Damit die Beschäftigten nicht länger nur Spielball für die Profitinteressen sind, brauchen wir starke, in den Betrieben verankerte Gewerkschaften und Bewe-

gungen für mehr Rechte für die Beschäftigten, für die Erweiterung der Mitbestimmung, auch über die Investitionen.

Aber selbst das wird nicht ausreichen. Für eine sozial- und umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir eine demokratische gesellschaftliche Rahmenplanung. Sie wird nur in dem Maße möglich werden, wie die größten Betriebe der Grundstoffindustrie und die Banken vergesellschaftet sind. Erst dann können auch notwendige Umstrukturierungen mit und nicht gegen die Beschäftigten durchgeführt werden. Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit kann dann der Boden entzogen werden.

Bis dahin bleibt uns nur, sich zu organisieren und Widerstand zu leisten. Das Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus kann dabei Perspektiven über den Tag hinaus öffnen.



Geld ist genug da

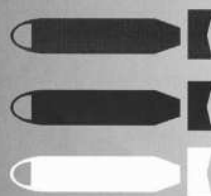
Mit 30 Milliarden leben die meisten Superreichen in NRW. Die Millionäre und Milliardäre in NRW haben ein Vermögen von 600 Milliarden Euro angehäuft. Einige der Superreichen sind im Kreis-Minden-Lübbecke zu finden. Gauselmann ist auf Platz 130 der reichsten Deutschen, Familie Bentz (Melitta) auf Platz 145 und die Eheleute Harting sind Nummer 451.

Bei einer Millionärssteuer von 2 Prozent könnten jährlich 12 Milliarden Euro in NRW eingenommen werden.

Die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr würde bundesweit mindestens **1 Milliarde Euro** pro Jahr einsparen. Das MEADS-Raketensystem kostet **4 Milliarden Euro**. Dafür könnten **81.000 Stellen** im Gesundheitswesen geschaffen werden. 4 Fregatten F 125 kosten **3 Milliarden Euro**. Dafür könnten sämtliche Patientenzuzahlungen für Zahnersatz bezahlt werden. 3 Triton-Drohnen kosten **1,8 Milliarden Euro**. Dafür könnten die Betreuungskosten für alle Kinder in Deutschland übernommen werden.

Dieses Land braucht Widerstand: gegen den NATO-Aufmarsch in Osteuropa, gegen Bundeswehraufrüstung – für Frieden, Arbeit & Solidarität!

Die Millionärssteuer von 2 Prozent bringt für NRW **12 Milliarden Euro** pro Jahr.



Eine 20-prozentige Kürzung der Rüstungsausgaben bringt für NRW **4 Milliarden Euro** pro Jahr.



Damit stünden jährlich **16 Milliarden Euro** für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Schulen, Kitas und Wohnungen zur Verfügung.

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP



Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Abrissbirne „Agenda 2010“

Ausweitung der Leiharbeit; verschärfte Zumutbarkeitsregelungen, nach denen jeder Job zumutbar ist; Leistungskürzungen; Streichung der Arbeitslosenhilfe und Zusammenlegung zu Hartz IV mit seinen bürokratischen Schikanen und Sanktionen, Förderung von Mini-Jobs und massive Senkung des Rentenniveaus - die Liste der Grausamkeiten der „Agenda 2010“ ist lang und unvollständig.

Es war der massivste Angriff auf die bis dahin erkämpften sozialen Rechte seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Durchgeführt von der Schröder-Fischer-Riester -Regierung, also von rot-grün.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die „Unternehmenssteuerreform 2001“ Milliarden in die Kassen der Konzerne und Banken spülte und die Städte und Gemeinden durch die Steuerausfälle an den Bettelstab brachte.

... und die Folgen

Jeder vierte bekommt nur einen Niedriglohn. Fast die Hälfte arbeitet unter prekären Bedingungen: als Leiharbeiter mit Niedriglöhnen, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet, in Mini-Jobs oder als Scheinselbstständige.

Das nennen sie „Jobwunder“.

Altersarmut greift um sich. Hartz-IV-Bezieher werden drangsaliert und sanktioniert, damit selbst bei ihnen noch eingespart werden kann. Mit der Angst vor dem sozialen Abstieg werden Belegschaften erpressbar.



Das schmiert die Exportmaschine. Was uns als Erfolg verkauft wird, geht auf unsere Knochen.

Kein Wunder, dass damit die Profite blühen und die großen Konzerne Rekordgewinne vermelden und Rekord-Dividenden an die Aktionäre ausschütten. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst in unbekannte Dimensionen. ★

Trostpflaster helfen nicht

Das Thema soziale Gerechtigkeit ist nicht tot zu kriegen. Die Kritik an der Agenda-Politik ist nie verstummt und angesichts der offenkundig zunehmenden Ungerechtigkeiten hat sie zugenommen. Es ist erfreulich, dass dieses Thema nun im Wahlkampf auf den Tisch kommt.

Doch ein bisschen Abkehr von der Agenda-Politik, ein paar kleinste Veränderungen hier und da reichen nicht. Das gesamte Konzept war zum Schaden aller,

die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Das gesamte Konzept gehört in die Tonne.

Eine neue Politik ist gefragt, die die Milliardäre und Millionäre zur Kasse bittet, die Riesengewinne der Konzerne abschöpft, die endlich in Bildung, Gesundheit, Pflege, in die Schaffung von gutem und preiswertem Wohnraum und in den öffentlichen Nahverkehr investiert. Um nur einiges zu nennen, das vordringlich ist. ★

AfD: Keine Alternative

Die AfD buhlt um alle, die über die Politik verärgert sind und sich im Stich gelassen fühlen. Doch die AfD ist die Partei der Gutverdienenden. Sie ist gegen eine Millio-närsteuer und für die Abschaffung der Erbschaftssteuer für Reiche.

Sie unterstützt die Schuldenbremse, die als Alibi für soziale Kürzungen herhält. Sie will mehr private Altersvorsorge. Aus ihren Reihen kommt die Forderung, dass erst nach 45 Berufsjahren Rente bezogen und das Renteneintrittsalter abgeschafft werden soll. Sie ist gegen die Gleichberechtigung der Frau. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird von ihr abgelehnt. Wie auch eine Mietpreisbremse.

Die Atomkraftwerke sollen länger laufen und jeder Klimaschutz wird abgelehnt.

Die AfD steht für die Verschärfung der unsozialen Politik. Wer Flüchtlinge und Migranten zu Sündenböcken macht, lenkt von den Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit und seinen Nutznießern ab. Das ist ihre Funktion. Dafür fließen ihr die Spenden zu. ★



In ihrem Sofortprogramm für NRW formuliert die DKP dringende Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr! Reduzierung des Rüstungsetats um 20 Prozent!

Die Einstellung von 10.000 LehrerInnen, 10.000 ErzieherInnen und die Schaffung von 40.000 Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern, um den Pflegenotstand zu beheben.

Aufstockung der Ausgaben für die berufliche Qualifizierung der Erwerbslosen.

Sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent.

Abschaffung des ganzen Hartz-Systems und seiner Sanktionen. Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Grundsicherung. ★



Minden
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmsweg 11, 32427 Minden

Sofortprogramm der DKP für NRW

Krieg ist Fluchtursache Nummer eins - Militarismus stoppen - Gemeinsam kämpfen!

Den sozialen Kahlschlag stoppen - Armut und Hartz-System beseitigen - Arbeitsplätze schaffen!

Keine Rendite mit der Miete!

Klare Kante für die Jugend!

Für gute Bildung in NRW!

Nazis und Militarismus stoppen! Antifaschismus stärken!

Kultur für alle - nicht nur für Reiche!

<http://www.dkp-nrw.de>